

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Montage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierjährlich  
für die Stadt Posen 1<sup>1/2</sup> Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24<sup>1/2</sup> Sgr.  
**Besitzungen**  
behören alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 11. Juni. Se. Maj. der König haben Allernädigst geruht: Den Kreis-Baumeister a. D. Baurath Werner zu Bonn den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Ober-Landes-Oekonomie-Kommissar a. D. Mancke zu Lüneburg den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, dem Kreisgerichts-Deposital- und Salarien-Rassen-Rendanten a. D. Schoeler zu Karggrabow im Kreise Oeglo den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

## Politik und Kirche.

Wer mit Verständniß die kirchliche Bewegung der vierziger Jahre durchlebt und alle geistigen Interessen der gebildeten Welt auf das kirchlich-religiöse Gebiet konzentriert gesehen hat, mußte voraussehen, daß der durch die Ereignisse von 1848 jäh unterbrochene theologische Kampf sich, nachdem die Theilnahme an politischen Dingen etwas abgeflunkt, alsbald weiter fortsetzen würde. So ist es denn auch gekommen. Obgleich Deutschland noch in den Geburtsweben seiner politischen Neugestaltung liegt, drängen sich doch die kirchlichen Interessen bereits wieder in den Vordergrund. Die deutsche Natur zu philosophiren läßt sich eben so wenig unterdrücken wie das Bewußtsein, daß eine politische Reorganisation Deutschlands ohne gleichmäßigen Fortschritt auf dem kirchlich-religiösen Boden zu den Unmöglichkeiten gehöre. Zum Theil ist dies Bewußtsein noch gesteigert worden, einerseits durch offene Reaktionsversuche der mittelst römischer Inspiration ermutigten ultramontanen Partei und nicht undeutliche Spuren von Konkurrenz, welche selbst die preußische Regierung dem Ultralatholicismus nicht verfolgte, andererseits durch die leidigen Kämpfe innerhalb der protestantischen Kirche, in welcher der Separatismus und das krasse verdammende Lutherthum immer führer das Haupt erhebt. Die intelligente Menschheit ist einmal ausgesprochene Feindin dieses Separatismus und alles leeren kirchlichen Formelwesens. Aber das gebildete Latentum, wie widerwillig es auch auf das Gesänk der Theologen und die Aumauungen der Hierarchie blickte, hat doch den Streit nicht wieder begonnen, sondern sich darauf beschränkt, seinen religiösen Anschauungen ungeschminkten Ausdruck zu geben; das eigentliche Feld der Polemik ist jetzt von der Orthodoxie beschritten worden.

Die Herren Knak und Genossen sind es, welche der vernunftgemäßen Schriftauffassung den Handschuh hingeworfen haben. Die Partei möchte, als sie diesen Schritt unternahm, sich vielleicht stärker fühlen, als sie ist, vielleicht hat sie auch nicht daran gedacht, daß sie sofort im Beginn des Streites zu ihren äußersten Konsequenzen gedrängt werden würde. Die Sache ist damit von Hause aus für sie verloren. Denn wie groß die Anzahl der evangelischen Geistlichen, welche sich einbilden, an der Weltanschauung des alten Testaments festhalten zu können, auch sein möge, wenn sie einfach vor die Frage gestellt werden, welche Prediger Lisco dem Kollegen vorlegte, so werden sie die Antwort im schlimmsten Falle zurückhalten; selbst Knak sucht auszuweichen, und wir können es gestrost darauf ankommen lassen, einen evangelischen Geistlichen zu stellen, der offen das Kopernikus'sche Weltsystem bestreite.

Um so schlimmer erscheint es uns, daß kirchliche Organe den Schein aufrecht zu erhalten suchen, als ob die ganze mosaische Kosmogonie sich in den Anschauungen der Geistlichkeit behauptet und entgegenstehende Ansichten als Irrlehren verleugnen. Wenn der gestern in unserem Blatte mitgetheilte Ausspruch der Berliner Pastoralkonferenz nicht Heuchelei ist, so gibt es keine. Es liegt zwar noch kein Bericht vor, daß die Pastoralkonferenz sich zu der sächsischen Weltanschauung bekannte, aber die Thatssache, daß die vom Protestantentenvereine aufgestellten Theesen in Pausch und Bogen als Irrlehren verworfen werden, kann nimmermehr der Ausfluß einer ehrlichen und gewissenhaften Untersuchung sein. Einer drängt den Andern zu orthodoxen Manifestationen, da ja die Orthodoxie augenblicklich so wohl gebettet ist.

Augenscheinlich wird ihr durch Organe, welche der Regierung nahe stehen, das Wort geredet. Die "Kreuzzeitung" hat zunächst den Kampf gegen die Opposition aufgenommen und wendet sich aufsäfflicher Weise gegen die Phrase, als ob der Opposition hier mit denselben Waffen beizukommen wäre, wie in der Politik. Auf kirchlichem Gebiet ist es gerade die liberale Partei, welche der Phrase entgegentritt und auf den Kern der Sache geht; es ist dies das einzige Mittel, zum Ziele zu kommen. Hätte die freisinnige Theologie der letzten Jahrzehnte ihre Anschauungen und Aussprüche mehr, als geschehen, des Phrasenhaften entkleidet, so wären wir schon einen Schritt weiter; aber selbst der Vater der in ihrem Kern durchaus freisinnigen spekulativen Theologie, Professor Marheineke, hält es noch zu sehr mit der Phrase und goß neuen Wein in alte Schläuche, weil er sich scheute, dem gemeinfäthlich auf ihn gerichteten Kreuzfeuer der Schleiermacherianer und der Orthodoxen bloß und blank entgegenzutreten. Erst sein Schüler Hanne hat sich von der Phrase emanzipirt.

Wenn dies allseitig geschehe, so würde, glauben wir, der neu entbrannte Kampf ein ganz leichter sein; denn so weit er sich auf die alte und moderne Weltanschauung bezieht, hat er, wie gesagt, kaum ein Objekt; selbst die "Kreuzzeitung" erklärt die Knak'sche Antwort auf die Lisco'sche Frage für einen "frommen Irrthum". Streitet man denn um Kaisers Bart? Der Streit ist doch daraus hervorgegangen, daß Prediger Lisco in seinem gedruckten Bericht auf den Konflikt zwischen dem modernen Weltbewußtsein und der Tradition hingewiesen, die Anhänger Knaks aber diesen Konflikt förmlich und feierlich verneint hatten. Soll nicht hieraus geschlossen werden, daß die Herren Knak und Genossen etwas vertheidigen, was sie selber nicht glauben und gegen Anschauungen öffentlich protestieren, denen sie in der Stille anhängen?

## Deutschland.

**Preußen.** Berlin, 11. Juni. Der Stapellauf der in Danzig im Bau begriffenen gedeckten Schrauben-Korvette "Elisabeth" ist für Ausgang September oder Anfang Oktober d. J. angefecht worden, und es ist danach nur noch die Panzer-Fregatte "Hansa" für die Norddeutsche Flotte im Bau begriffen. Bekanntlich wird außerdem aber die Inbaunahme noch eines zweiten Panzerfisches auf den inländischen Werften beabsichtigt, und dürfte die Bestimmung darüber wahrscheinlich unmittelbar mit einer nur eingerahmten ausreichenden Bereitstellung der Mittel dazu erfolgen. Das Gleiche steht mit der Absendung der "Hertha" und "Medusa" nach den ostasiatischen Gewässern zu gewärtigen, was sogar auf alle Fälle erfolgen muß, da die beabsichtigte Umwandlung des preußischen Handelsvertrages mit Japan in einen Norddeutschen Handelsvertrag, wie die der unmittelbaren Ausführung zugereiste Gründung einer eignen Norddeutschen Marine-Station auf Formosa gleicherweise das Vertretensein durch einige Schiffe in den dortigen Gewässern beansprucht. Die letzte Angelegenheit duldet übrigens um so weniger eine Verzögerung, als von Döstreich die Absendung einer gleichen Expedition mit der Absicht der Gründung einer österreichischen Marine-Station auf den Nukobaren für den nächsten Herbst fest beschlossen ist, und es demnach nicht nur für Norddeutschland eine Ehrensache erscheint, sondern auch sein unmittelbarstes Handelsinteresse aufs Tiefste berührt, sich hierin von seinen nächsten Nivalen auf dem dortigen Weltmarkt nicht zuvorkommen zu lassen. Die Frage der Panzerfische ist sowohl durch die hiesigen Schießversuche wie die letzten Ergebnisse der nun schon seit Jahren in England zu Shoeburyness fortgesetzten Versuche bis unmittelbar an die Grenze einer durchaus negativen Entscheidung geführt worden. Schuß um Schuß sind die 4<sup>1/2</sup> bis 7jölligen Panzerwände bei Entfernung von 1200, 1500 bis 2000 Schritt sowohl von den Armstrong 400 und 600 Pfundern, wie von den glatten 15jölligen amerikanischen Monstregeschützen durchschlagen worden, und man zweifelt keinen Augenblick, daß dies auch bei Entfernungen bis über 3000 Schritt noch ganz ebenso der Fall sein würde. Das Geheimniß der plötzlich so auffällig gesteigerten Artillerie-Wirkung beruht auf der Anwendung veränderter und verbesselter Pulvermischungen.

Zu aller Nachteil in England ist eine Ladeverrichtung und Zappete für diese Geschütze konstruiert worden, welche die Zeitdauer des Ladens derselben von bisher 1<sup>1/2</sup> bis 2 Minuten auf 25 Sekunden für den Schuß verringert, und wonach demzufolge das von einer derartigen Batterie abgegebene Feuer bis zu einem Grade der Geschwindigkeit gesteigert werden könnte, um bei sonst richtigem Einschlagen der Geschosse auch die stärkste Schiffswand binnen wenigen Minuten völlig zu zertrümmern und das Schiff zum Sinken zu bringen. Dagegen hat sich die Erwartung, daß unter dem Namen Dynamit in ein festes Pulver verwandeltes Sprengöl als Sprengladung der Geschosse benutzt und so vielleicht auch durch kleinere Kaliber wider gepanzerte Schiffswände einen ausreichenden Effekt erzielen zu können, in keiner Weise erfüllt. Das Sprengöl hat vielmehr auch in seinem verwandelten Zustande seine ganze furchtbare und beinahe unberechenbare Explosionskraft bewahrt und schon die Anfertigung und der Transport des neuen Präparats haben Unglücksfälle veranlaßt, welche wahrscheinlich bei dessen Verwendung zu dem gedachten Zweck sich nur in einem noch weit größeren Maßstabe wiederholen würden. Es ist demnach auch wenigstens hier von den Versuchen damit Abstand genommen worden. Ebenso hat die von dem sächsischen Lieutenant Miersch erfundene und in Antrag gebrachte Veränderung des Zündnadel-Gewehrs nicht die Probe bestanden, doch sind hierfür noch mehrere andere Konstruktionsänderungen zur Prüfung eingegeben. Die neuen Weatherhead-Lippische Torpedos, deren Geheimniß die österreichische Regierung entweder schon angekauft hat oder doch anzukaufen im Begriff steht, sollen nach der Angabe österreichischer Organe bei ihrer Bewegung unter Wasser eine Geschwindigkeit von 5<sup>1/2</sup> Meile in der Stunde bestehen und bei den 8 Monate lang mit dieser neuen Erfindung fortgesetzten Versuchen nie ihr Ziel verfehlt haben. Die bewegende Kraft bei denselben ist bekanntlich der Elektro-Magnetismus, der durch ein diesem unterseeischen Höllenmaschinen eingefügtes Uhrwerk in Thätigkeit erhalten und durch die Anziehungskraft, welche der Magnetismus zum Eisen besitzt, seinem Ziele zugelenkt wird. Die Wirkung wird als eine wahrhaft immense bezeichnet, und die Anwendung soll auf hoher See eben so leicht und sicher erfolgen, als zu dem Zweck der Küstenverteidigung. Neben das wirkliche Ergebniß kann natürlich nichtsdestoweniger erst der Ernstgebrauch entscheiden und namentlich möchte die Verwendung dieser unterseeischen Sprengmaschinen auf hoher See den ernstesten Bedenken unterliegen.

**W. T. B. Berlin, 11. Juni.** In der heutigen Sitzung des Zollbundesrathes, in welcher der Freiherr v. Friesen (kraft Substitution des Grafen Bismarck) den Vorsitz übernahm, gingen Vorlagen des Präsidiums ein betreffend den Schutz der Waarenbezeichnungen zwischen dem Norddeutschen Bunde und den nicht zu demselben gehörenden Staaten des Zollvereins, eine Verabredung mit Belgien wegen zeitweiser zollfreier Zulassung von Musterstücken der Handels-Reisenden, und die Erhebung einer Übergangsabgabe vom Tabak in Mecklenburg und Lübeck. Die erste und zweite Vorlage wurde an den ersten Ausschuß verwiesen, die dritte durch sofortigen Beschluß erledigt.

Der Präsident Delbrück theilte mit, daß die Ratifikationen des Handelsvertrages mit Spanien in Madrid ausgetauscht seien, ferner daß die dortige Regierung dem diesseitigen Wunsche, den Vertrag auch auf die Kolonien auszudehnen, vorläufig durch ein Dekret entgegengekommen und durch einen Vertrag vollständig zu ge-

nügen geneigt sei. Auf Bericht des ersten Ausschusses (Referent v. Spizzenberg) wurden Beschlüsse gefaßt über die Zollbehandlung von Roh- und Bruchstein und Bruchstahl zur Verarbeitung befuß der Wiederausfuhr, über die Einführung eines gleichmäßigen Verfahrens bei der Denaturirung von Bier und Gewerbesachen und über die zollamtliche Behandlung des Postverkehrs. Auf den Bericht des ersten und zweiten Ausschusses wurde die Ausschließung der Lange'schen Schiffswerfte bei Großen im Bremerischen aus der Zolllinie genehmigt. Auf Berichte des ersten Ausschusses (Referent v. Thümmel und v. Liebe) wurden die Vorschläge des Präsidiums, betreffend die Nachweisungen über die Salzabgabe und die Anträge mehrerer Staaten auf Erhöhung des Diensteinkommens mehrerer Klassen von Zollbeamten angenommen. Endlich wurde auf den Vortrag des dritten Ausschusses (Referent Dippe) das Resultat der Volkszählung von 1864 als Grundlage der Abrechnung für 1865 bis 1867 anerkannt.

Se. Maj. der König gedenkt, wie die "Kreuztg." hört, zum 25. d. M. sich nach Worms zu begeben, um der Einweihung des Luther-Denkmales beizuwohnen.

Aus Thüringen, 8. Juni, wird der "N. Z." geschrieben: Das im Kriege von 1866 so bedeutungsvolle Gefecht bei Dermbach hat gestern eine recht angemessene Erinnerungsfeierlichkeit erlebt. Von dem Großherzoge von Sachsen ist nämlich die Initiative und unter Beteiligung der Offiziere der damals engagirten Regimenter auch die Bewilligung der Mittel für ein Denkmal der bei Dermbach Gefallenen und dort Begrabenen ausgegangen. Preußen und Bayern liegen hier neben einander bestattet und haben daher auch ein gemeinsames Monument erhalten. Die Weihe desselben fand gestern statt. Der protestantische und katholische Geistliche vollzogen nach entsprechenden Riten den Weihzauber. Vertreter der Mainarmee und des bayerischen Heeres hatten sich eingefunden; General Vogel v. Falckenstein war selbst erschienen und hielt eine jugendlich frische Ansprache. Er schilderte die Bedeutung der Gefechte des 4. Juli für die Operationen der Mainarmee und gedachte namentlich der tapferen und braven Westphalen, die er damals kommandiert und mit denen er so lange in Verbindung gestanden. Schließlich wandte er sich an die Vertreter der bayerischen Armee und indem er an die neuen französischen Freunde von Preußen und Bayern erinnerte, reichte er den bayerischen Offizieren in brüderlicher Herzlichkeit die Hand. Hier nach erfolgte die Übergabe des Denkmals an die Gemeindebehörde Dermbachs.

Die "N. Z." schreibt: Das Gutachten des Hrn. Delarue, welches bedeutende Fälschungen bei den Unterschriften des Welfen protestes gegen die Amnestie nachweist, scheint die welfischen Kreise sehr unangenehm berührt zu haben. Die "Deutsche Volkszeitung" wenigstens grüßt jetzt schon eine Notzhöhre, in welche der Betrug wenigstens eine Seite lang sich verkriechen darf. Man könne ja doch nicht wissen, meint das Blatt, ob die Träger der unterzeichneten Namen ihre Einwilligung zu der Unterzeichnung gegeben, oder diese gegen den Willen, oder wenigstens ohne den Willen jener vorgenommen sei.

Diese Explication spricht eigentlich noch mehr für das Vorliegen eines Beitrages, als das Gutachten des Sachverständigen; oder weiß die Welfen-Individuen bestellt, dann die Schreibensfundigen, welche für ihre weniger erudirten Kameraden zeichnen, anzuführen haben, daß sie solches im Auftrage dieser Kameraden thun?

Das ist nämlich das Verfahren ehrlicher Leute; durch diese Ehrlichkeit hätte allerdings der "Protest" wesentlich an äußerem Werthe verloren — aber ist es dann eine Weisheit, die auf allgemeine Anerkennung rechnen darf, daß in majorem gloriam des Welfenthums auch der Betrug eine Tugend sei?

Die Abfassung eines Entwurfs zum Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund wird wie die "Sp. B.-tg." hört, nicht einer Kommission, sondern einem einzelnen hervorragenden Juristen übertragen werden, dessen Arbeit erst später einer demnächst zu beruhenden Kommission unterbreitet werden soll.

**Bremen, 11. Juni.** Hier eingegangene Nachrichten aus Newyork melden, daß der Schatzkonservator Mac Killoch die Zollämter der Vereinigten Staaten durch Circular vom 23. April angewiesen hat, in Gemäßheit der bisher zwischen Preußen und mehreren anderen Staaten des Norddeutschen Bundes bereit standenen Verträge, die unter der Flagge des Norddeutschen Bundes ankommenden Schiffe fortan ebenso zu behandeln, wie die eigenen Schiffe der nordamerikanischen Union, gleichviel, ob die Ladung aus Produkten des eigenen oder irgend eines anderen Landes besteht.

**Oesterreich.** Wien, 10. Juni. Ob Prinz Napoleon nach Prag gehen wird, ist zur Stunde noch immer unentschieden. Die hiesigen Böhmen behaupten es, und es ist auch gewiß, daß die Dienerschaft des Hotels, in dem er abgestiegen, Weisung hat, seine Sachen zur Beförderung mittelst Nordbahn bereit zu halten. Allein die Polen bleiben dabei, daß Se. Kaiserl. Hoheit nur an einen Ausflug nach Olmütz denkt, um sich das Schlachtfeld von Austerlitz anzusehen. So viel steht fest, daß der Vetter Louis Napoleons sich zu unseren polnischen Reichsräthen wacker über die Rastelbinder-Politik der Czechen lustig macht und den Baron Beust geradezu heißt, sich von diesen Leuten doch nicht auf der Nase spielen zu lassen. Nach meiner festen Überzeugung foquettirt der hohes Guest hier mit allen "nationalen" Parteien, und zwar in einem keineswegs für Oesterreich besonders freundlichen Interesse, aber er sondirt das Terrain mit großer Gewandtheit, stets bereit, mit denen, die gerade bei ihm Audienz haben, auf alle Anderen zu schimpfen. Daß er nach Lemberg gehen wird, stellt er hier ganz entschieden in Abrede, und dennoch, vederemo, sobald er nur ersi Wien verlassen. In Pesth jubeln die Blätter der Opposition dem Prinzen wie einem Messias aller unterdrückten Nationalitäten zu. Sie plaidiren für einen großartigen Empfang, weil "der Prinz in den 20 Jahren unseres Glends uner einzigster Freund war, der uns und sich treu geblieben". Das sind kindliche Herzengräbchen, wenn Sie wollen, aber Sie machen doch einen ganz eignen hämischen Eindruck. Denn der Mann, an den Sie gerichtet sind, suchte 1858 in Toskana, dann in Buka-

rest, 1863 in Warschau, immer mehr oder minder zum Schaden des Reichs vergeblich eine Krone. Und als im Febr. 1864 der damalige Staatsminister Schmerling über die unverantwortliche geheime Aburtheilung des Grafen Almássy und seiner Komplicen in Pest bei einem großen Hochverratsprozeß interpellirt ward, antwortete er, es sei rein unmöglich etwas zu veröffentlichen, ohne dem Kaiserhofe die größten Unannehmlichkeiten zu bereiten. Sapiens sat! Und dieser Herr, auf den Schmerling damals selbstverständlich zielte, begiebt sich jetzt nach Pest! Lassen Sie den Prinzen erst einmal den Staub der österreichischen Erde von seinen Füßen geschüttelt haben — und Sie werden ja sehen, welche Berichte über seinen Aufenthalt hier die ihm ergebenen Blätter bringen werden. — Die Hesereien, welche unter dem Schutz des Generals Philippozi eine Anzahl von Offizieren sich gegen den Redakteur eines hiesigen Skandalblattes erlaubt, haben bekanntlich zu einer Interpellation im Abgeordnetenhaus geführt, ehe sie noch von beiden Seiten zur Austragung auf den gerichtlichen Weg verwiesen waren. Diese hat nun Graf Tasse heute mit der allerdings nicht sagenden Phrase beantwortet: er habe von dem Kriegsministerium die Zusicherung erhalten, es sei bereits das Erforderliche verfügt worden, um für die Zukunft solchen „Vorfällen“ auf „wirksame“ Weise vorzubeugen.

Wien, 11. Juni. Nach einer Mittheilung der „Debatte“ wird das österreichische Konsulatwesen demnächst den Ansforderungen der Zeit entsprechend reformirt und die obere Leitung desselben in eine Hand gelegt werden.

— Die Behauptung des „Bulletin international“, Preußen habe von der hiesigen Regierung die Auslieferung des Grafen Platen-Hallermund und des ehemals kürfürstlichen Staatssekretärs Preser verlangt, entbehrt, wie an unterrichteter Stelle versichert wird, jeder Begründung.

— Die „Kreditanstalt“ kündigt an, daß am 1. Juli 1869 die Reduktion des Grundkapitals von 60 auf 40 Millionen in Wirklichkeit tritt, und einschlägige Reklamationen bis Ende 1869 erhoben werden können.

— [Über die erste Versammlung der Anhänger Konges in Wien] entnehmen wir einem Bericht des „Wand.“ Folgendes: In denselben Räumen, die der Severusverein trog oder vielleicht wegen ihrer schlechten Akustik zu seinen Versammlungen benötigt, hatten sich gestern eine große Anzahl von Anhängern der freien katholischen Gemeinde eingefunden, um ihre Konstituierung zu einem Verein vorzunehmen. Sie hatten aber die Rechnung ohne — die lokale Polizei gemacht; diese in ihrem Eifer, die Staatsbürger zu warnen, daß sie ja keinen Verstoß gegen ihnen unbekannte Verordnungen begehen, hatte dem provisorischen Komitee die Gründung gemacht, daß der Verein der Lichtfreunde, Deutschkatholiken u. s. w. verboten, daß auch eine Reaktivierung dieses Vereins mit Bezug auf das Strafgesetz verboten sei. Ein mündliches Einschreiten bei der Statthalterei blieb ebenfalls erfolglos, denn der betreffende Referent meinte, wie der Schriftführer Leitner mitteilte, daß die Staatsgrundgesetze für diesen Fall so lange nicht gelten, als das Strafgesetz entgegengesetzte Bestimmungen enthalte. (Sensation.) Es wäre weit besser gewesen, wenn das Abgeordnetenhaus seine Gesetze befürmpter hätte. Das betreffende Verbot bezieht sich auf die Gesellschaft der Lichtfreunde u. s. w., weil sie unter dem Deckmantel der Religion staatsgefährliche Tendenzen verfolgten. (Heiterkeit.) Solche Tendenzen seien wohl unter Bach, unter Belcredi als staatsgefährlich zu betrachten gewesen, aber nicht unter Bischof! Das Komitee werde zunächst berathen, was nun zu geschehen dem Publikum: „Wir brauchen nig von Deutschkatholiken,“ ist nit nothwendig, warum sollen Böhmen und Slawen nit a Religion haben, sans alle gleich. (Heiterkeit.) — Let it not hält sodann eine kurze Ansprache, in welcher er über die Tendenzen des Vereins Aufschluß giebt. Auf allen Gebieten des Lebens herrsche Regelmäßigkeit; auf dem religiösen — Gleichgültigkeit. Und doch sei Thätigkeit nötig gegenüber den Nichtfeinden. Diesen müsse die Macht genommen werden; um so mehr, als man von klerikalischer Seite gewissermaßen Ungehorsam gegen die Regierung predige. Den Sag: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist, haben sie anders formuliert: Gebt der Kirche, was Gottes ist, Gott gehört aber Alles. Gebt dem Staat, was des Staates ist; der Staat aber wollen wir sein. (Stürmischer Beifall.) So lange die Regierung die Wünsche dieser Partei erfüllt, sei dieselbe mit der Regierung gegangen; jetzt predige sie den Ungehorsam gegen die Regierung. Weiteres hierüber wolle er nicht sprechen; sein und seiner Genossen Ziel sei: freie Kirche im freien Staat, freie Menschen in Kirche und Staat. (Beifall.) Redner heilt hierauf die wesentlichen Punkte der Statuten mit, welchen wir entnehmen, daß der Verein sich den Kampf gegen Intoleranz, die Vereinigung der Bekennender sämtlicher Konfessionen und die Bredigung der Sonderstellung einzelner Konfessionen in der Pragis, namentlich in der Schule, zur Hauptaufgabe macht. Insbesondere sichert er den abtrünnigen katholischen Priestern seine Unterstützung zu. Seine Ausdehnung soll sich vorläufig über den Polizeirayon von Wien erstrecken. Nach ihm ergreift Konge das Wort, um in mehr als einstündigem Rede das Wesen des Deutschkatholicismus, seinen Zweck und die Mittel zur Erreichung desselben zu besprechen. Jetzt sei, bemerkte er zum Schlusse, in Österreich eine günstige Zeit angebrochen. Seit 1850 habe man die Deutschkatholiken verfolgt. Seit sei es anders geworden. Und wie auf politischem Gebiete werden. Österreich, das einst der Saulus gegen Freiheit und Humanität, wird zum Paulus für beide werden. — Sodann wird die Versammlung geschlossen.

Triest, 11. Juni. Levantepost. Athen, 6. Juni. Man gabé ist zum Gesandten in Paris ernannt.

### Frankreich.

Paris, 10. Juni. Die Wochenschrift des „Abendmonitor“ sagt anlässlich einer Besprechung der Diskussion des Wiener Reichsraths über die Finanzmaßregeln, daß das Endresultat derselben für ausländische Inhaber österreichischer Staatspapiere höchst nachtheilig sein dürfte; auch werde daraus ein bedauerlicher Kontrekkopf gegen den österreichischen Kredit überhaupt hervorgehen.

— Fast alle hiesigen Blätter bringen die Nachricht, daß in der Nacht vom 6. auf den 7. Juni in der Stadt Luxemburg und einigen anderen Orten des Großherzogthums Proklamationen angebracht worden sind, in welchen die Annexion an Frankreich verlangt wird. Die Polizei, welche im voraus benachrichtigt worden war, verhaftete mehrere Personen, darunter den Drucker der „Union“ und des „Avenir“, Herrn Heinze. Gestern wurden Haussuchungen vorgenommen und die Wohnung des Herrn Heinze versteigert. Hiesige Journals thun, als billigten sie diesen Versuch nicht, obgleich sie jedoch eine gewisse Freude darüber nicht unterdrücken können, daß die Agitation zu Gunsten Frankreichs in Luxemburg fortduert. Die Proklamation selbst lautet, wie folgt:

Luxemburger! Liebe Landsleute! Erwacht aus eurem Schlummer! Erhebt euch und erklärt vor Europa, daß die euch bereitete Lage nicht mehr zu ertragen ist. Preußen, welches ihr verabscheut, geigt nach euch. Weist die falschen Patrioten zurück, die unter der Maske der Autonomie euch die Annexion an Preußen predigen. Frankreich, welches ihr alle liebt, ruft euch zu: Arbeiter! Brüder! Frankreich giebt euch Arbeit und allgemeines Stimmrecht! Grundbesitzer! Frankreich wird euer Eigentum der Entwertung entheben! Familienväter! Frankreich wird alle eure Kinder in den Rang eurer großen und reichen Familie aufnehmen. Luxemburger! Erhebt euch! Die Salten der glorreichen Fahne eurer Väter werden eure Heerde und eure Städte beschützen! Seit langer Zeit duldet ihr schweigend!... Redet, handelt! Die Neutralität ist die Erläuterung des Vaterlandes. Verräther haben zu euch, ohne uns zu kennen, gesprochen. Preuze oder Franzose, es muß darüber eine nationale Abstimmung stattfinden. Es lebe die Politik des Königs! Es lebe Frankreich!

— Die königliche Entschließung, welche die Unterschriften der hannoverschen Legion-Mitglieder unter der bekannten Protestnote gegen die Amnestie für null und nichtig anzusehen will, nachdem durch die Untersuchung nachgewiesen worden, daß die Mehrzahl derselben nicht von den Trägern der Namen selbst unter dieses Urkundstück gesetzt worden ist, soll in deutscher Sprache hier gedruckt und unter die Mitglieder der Legion vertheilt werden, um so zur Kenntnis aller zu bringen, daß die Amnestie für alle diejenigen in Kraft bleibt, welche sich vor dem 1. Juli zur Rückkehr entschlossen haben.

### Italien.

Florenz, 11. Juni. Der Senat wird am 18. d. die Berathung der Finanzgesetze beginnen.

### Italien und Polen.

■ Aus Warschau, den 8. Juni. Wie man hier in unterrichteten Kreisen wissen will, soll der Kaiser in Bezug auf die aus dem Dienst entlassenen Beamten polnischer Nationalität sich missfällig darüber geäußert haben, daß man diejenigen der Beamten, welche sich keiner Amtsverleugnung oder eines Vergehens während der letzten Insurrektion schuldig gemacht, und nur deshalb aus dem Dienst entfernt wurden, weil sie der russischen Sprache nicht ausreichend mächtig waren, bis jetzt ohne jede Unterstützung gelassen und deshalb keine weitere Vorstellung gemacht hat. Es soll ein spezieller Bericht darüber befohlen worden sein, wo und in welchen Verhältnissen jeder der in diese Kategorie gehörenden Entlassenen leben, und sollen die nötigen Vorschläge zur Verbesserung der Lage dieser Leute je nach der Bedürftigkeit gemacht werden. Bemerklich kann hierbei werden, daß die entlassenen Beamten, es sollen gegen 3000 sein, zum größten Theil in Not leben.

Die zu einer speciellen Revision der Grenzollämter aus Petersburg geschickte Kommission ist noch immer thätig, doch gelangt von den Resultaten ihrer Arbeit nichts in die Öffentlichkeit und man weiß daher noch nicht, welche Einwirkungen dieselben auf die Grenzsperrre haben werden.

Von der russischen Grenze. — Der „Thorner Ztg.“ wird über folgende Grenzverlegung berichten: In der Nacht vom 18. und 19. Mai ist der russische Soldat Ivan Agafronoff aus dem Kordon Krottingen bei dem Dorfe Woydushen auf preußischer Seite vollständig bewaffnet ergripen. Derselbe hat einen preußischen Unterthan, Namens Kurmiß, welcher in russisch Krottingen wohnt, auf preußischem Boden angefallen, ihn gewürgt und zu erschießen gedroht, und nur durch das Hinzukommen mehrerer Einwohner von Woydushen ist es gelungen, ihn an seinem Vorhaben zu verhindern, ihn zu ergreifen und an den betreffenden preußischen Polizeibeamten abzuliefern, welcher ihn demnächst dem russischen Grenzkapitänu in Kruzdinen übergeben hat. Dem preußischen Unterthan Kurmiß soll es nun aber sehr schlecht in Krottingen ergehen, denn er ist in das Gefängniß geworfen und diejenigen, welche mit der russischen Justizpflege näher bekannt sind, fürchten seine Absführung nach Sibirien. Dem preußischen Grenzkommisarius Landrath v. Sanden in Ragnit, soll von dem Vorfall Anzeige gegeben werden. Die Wahrheit möglicherweise in eridrekender Weise und dürfte es wohl gerechtfertigt erscheinen, wenn von Seiten der preußischen Behörden mit allen Mitteln für die Unvergleichlichkeit der Grenze eingeschritten und die Kartellkonvention nach solchen Übergriffen russischer Seite ohne Weiteres aufgehoben würde.

### Dänemark.

Kopenhagen, 11. Juni. Die hiesige Privatbank hat sich an der von der Norddeutschen Bank in Hamburg übernommenen Eisenbahnanleihe betheiligt und ladet zur Subskription auf dieselbe ein. — Die Königin Karoline, Wittwe Königs Christian VIII., begiebt sich nächsten Sonntag nach Wiesbaden.

### Türkei.

Konstantinopel, 6. Juni. Omer-Pascha wurde zum Kommandeur des ersten Armeekorps ernannt. — Die preußischen Instruktoren in der türkischen Armee haben den Pascha-Rang erhalten.

Belgrad, 11. Juni. Eine provisorische Regierung ist eingesetzt, bestehend aus den Ministern Marinovic und Lešjanin und dem Bürger Petrovic. Die Skupstchina ist zum Juli einberufen. Die Mörder heißen, wie gemeldet, Radovanovic, Vater und zwei Söhne. Der Vater und einer der Söhne ist verhaftet. Die Ruhe ist zwar nicht gestört worden, doch dauert die Aufregung fort. Das Militär ist konsigniert, und Zusammenrottungen sind verboten.

— Im ganzen Lande ist der Kriegszustand proklamiert. Das Militär ist auf den Kriegszug gesetzt. Eine feindseligkeitsuntersuchung ist eingeleitet; mehrere Personen sind verhaftet worden und konnten nur mit Mühe gegen die Wuth des Volkes geschützt werden. So viel sich bis jetzt herausstellt, ist das Verbrechen durch persönliche Rache, nicht durch politische Motive veranlaßt worden.

— Die provvisorische Regierung, welche die Regenschaft übernommen hat, ist die für den Fall einer plötzlichen Balkanz in der fürstlichen Würde durch das Gesetz vorgesehene und besteht als solche aus dem Präsidenten des Senates, dem Justizminister und dem Präsidenten des Kassationshofes. Die Inhaber dieser Ämter sind derzeit Marinovic, Lešjanin und Petrovic. Die Skupstchina, welche Anfang Juli zusammentritt, wird, gleichfalls nach den Bestimmungen des Gesetzes für den Fall einer Balkanz, aus circa 500, d. h. viermal so vielen Mitgliedern bestehen, als gewöhnlich.

— Der ermordete Fürst Michael Obromowitsch, welcher keine direkten männlichen Erben hinterläßt, hatte sein 43. Lebensjahr noch nicht erreicht und regierte Serbien seit dem im Jahre 1860 am 26. September erfolgten Tode des Fürsten Milosch, seines Vaters, welcher aus niederm Geschlecht entsprossen, durch Heldenmuth und Tapferkeit sich so sehr ausgezeichnet hatte, daß er im April 1815 von den Serben zum Fürsten ausgerufen und später vom Sultan Mahmud II. in dieser Würde anerkannt wurde. Im Jahre 1830 wurde dem Fürsten Milosch von dem eben genannten Sultan die Erblichkeit der fürstlichen Würde in seiner Familie verliehen, aber eine nationale Bewegung zwang Milosch im Jahre 1839, sein Land zu verlassen, in welches er erst 1858 durch einmütiges Votum der Skupstchina zurückberufen worden ist. Fürst Michael hatte bis dahin die Verbannung seines Vaters getheilt, und diese Epoche seines Lebens zu vielfältigen Reisen in den meisten europäischen Ländern benutzt. Seine bei nahe achtjährige Regierung wird stets einen der wichtigsten Abschnitte in der serbischen Geschichte bilden, denn

ihm ist es erst gelungen, daß von Milosch angestrebte Ziel der nationalen Unabhängigkeit Serbiens insoferne zu erreichen, daß er gegen den hartnäckigen Widerstand der Pforte die Entfernung der türkischen Garnisonen aus den serbischen Festungen durchzusetzen vermochte. Auch in anderen Beziehungen hat Fürst Michael die Entwicklung seines Landes auf's kräftigste gefördert.

### Vom Reichstage.

#### 20. Sitzung des Norddeutschen Reichstages.

(Schluß)

Abg. v. Hennig: Der große Rückschlag in den Posteinnahmen scheint mir darauf hinzuweisen, daß man in der Ertheilung der Portofreiheit vorsichtiger sein muß, als bisher. So viel ich gehört, beträgt die Zahl der portofreien Briefe fast 2/3 des gesamten Verkehrs. Es ist mir zwar bekannt, daß das Recht der Portofreiheit durch den König bewilligt wird, doch bin ich überzeugt, nicht ohne die Postverwaltung zu Rathe zu ziehen, und ich möchte deshalb ihre Aufmerksamkeit auf diesen Punkt lenken. Wie weit etwa von der zustehenden Portofreiheit ein unbefriediger Gebrauch gemacht wird, vermag ich nicht zu beurtheilen, wenn aber landrätliche Wahlerlässe — wie aus den meisten Wahlakten, namentlich bei der Wahl des Grafen Schulenburg ersichtlich ist — unentgeltlich befördert werden, so kann ich doch nicht glauben, daß die den Beamten gewährte Portofreiheit sich so weit erstrecken darf. Ebenso bin ich der Ansicht, daß man in der Ertheilung dieses Rechtes an gemeinnützige Gesellschaften oft zu weit geht. Es ist eine nicht unerhebliche Zahl derselben, die es nur dem Namen nach findet, während sie in der That der Spekulation dienen. Ich will die Namen nicht nennen, um nicht in ein Wespenenn zu stoßen (Ruf: Welche?). Sie werden selbst wissen, wen ich meine, ich brauche sie nicht zu nennen.

Bundeskommisar v. Philippsborn: Die Zahl der portofreien Briefe beträgt etwa 22 Prozent der Gesamtzahl. Der bei weitem größte Theil derselben ist in Bundes- und Staatsangelegenheiten geschrieben und hier die Portofreiheit aufzuheben, hieße nur die Belastung einer Kasse auf die andere verlegen. Der übrige Theil fällt wenig ins Gewicht und hat keine finanzielle Bedeutung. Eine Erweiterung der Portofreiheit für Vereine hat in der letzten Zeit nur im Interesse patriotischer Zwecke stattgefunden. Vielleicht könnte durch strengere Maßregeln die Benutzung des Rechtes noch etwas beschränkt werden, und die Postverwaltung wird es sich angelegen sein lassen, in diesem Sinne zu verfahren.

Abg. Westen: Eine Beschränkung der Portofreiheit für wirklich gemeinnützige und wohltätige Vereine halte ich um so weniger für geboten, als nach den Ausführungen des Herrn Bundeskommisars der dadurch veranlaßte Ausfall nicht von Bedeutung ist. Daß die unerwartet geringen Einnahmen teilweise ihren Grund in der Erhöhung des Portos für gewisse Kategorien von Briefen haben, will ich nicht bestreiten; im Wesentlichen aber ist die Veranlassung gewiß in der Heraussetzung des Portos von 2 und 3 Sgr. auf 1 Sgr. zu suchen. Um so mehr Anerkennung verdient die Postverwaltung, wenn sie trotz dieser verringerten Einnahmen in den Etat mit Gehaltsverbesserungen ihrer Beamten vorgegangen ist, und diese Anerkennung wird nicht beeinträchtigt durch die Thatache, daß das erforderliche Maß noch nicht erreicht ist. Man wird mit den Erhöhungen allerdings noch in Zukunft fortfahren müssen, und ich empfehle in dieser Beziehung namentlich die Postexpeditionen und die Vorsteher von Postexpeditionen Ihrer Verständigung.

Abg. Lascher: Der Ausfall, der durch die Portofreiheit entsteht, wird, wie ich glaube, unterschätzt. Die Zahl der unentgeltlich beförderten Briefe beträgt 22 Prozent und die Einnahmen aus denselben würden meiner Ansicht den gegenwärtigen Ueberdruss verdoppeln. Wir selbst befinden uns dieser Frage gegenüber nicht in einer freien Stellung und ich würde es für das Beste halten, wenn wir auf das uns zustehende Recht der Portofreiheit verzichten, um deftig unbehinderter gegen die anderweitige Ertheilung dieses Privilegiums vorgehen zu können. Meiner Ansicht nach liegt darin eine direkte Staatsunterstützung und nach derselben Analogie würden beispielweise sämtliche öffentliche Anstalten berechtigt sein, das Wohl umsonst zu fordern, wobei der Staat sogar noch weniger der Gefahr des Missbrauchs ausgesetzt wäre. Ich würde dem Herrn Bundeskommisar dankbar sein, wenn er mir heute oder bei der Schlussberatung näherer Auskunft darüber geben wollte, wie viel der durch die Portofreiheit verursachte Ausfall veranlaßt wird, und wie groß der Prozentsatz der unentgeltlich beförderten Briefe unter den unentgeltlich beförderten ist. Mir scheint die Sache ein Verzeichnis aller der Vereine und Gesellschaften vorgelegt werde, welche Portofreiheit genießen.

Bundeskommisar v. Philippsborn: Die von dem Herrn Vorredner angeregte Materie ist so umfassend und kompliziert, daß ich weder heute noch in wenigen Tagen im Stande bin, zuverlässige Angaben zu machen; es bedarf dazu genauer Ermittelungen; ich werde jedoch Sorge tragen, daß dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt eine durch Tabellen und Zahlen unterstützte Denkschrift über den berührten Gegenstand vorliegt. (Bravo.)

Abg. v. Blankenburg: Auch ich bin dafür, daß die Portofreiheit so viel wie möglich eingeschränkt werde, um den Ausfall der Posteinnahmen zu decken. Ich habe dieses Resultat übrigens bereits bei der Beratung des Posttaxgesetzes befürchtet, wurde aber von dem Referenten durch den Hinweis auf die Mehreinnahmen aus den Paket- und Geldsendungen beschwichtigt. Der Vorschlag, daß wir mit einem Bericht auf das Recht der Portofreiheit vorangehen, scheint mir durchaus annehmbar. Als der Abg. Hennig vorher von mir empfohlen, in dieser Beziehung namentlich die Postexpeditionen und die Vorsteher von Postexpeditionen, sprach, die er hier nicht nennen wollte, um nicht in ein Wespenenn zu stoßen, glaubte ich schon, er meine dieses Rechte Missbrauch getrieben hat.

Abg. Roh: Die Portofreiheit für Sendungen im Interesse der Wohlthätigkeit hat nicht nur den Zweck, derartige Sendungen selbst zu erleichtern, sondern sie will gleichzeitig verhindern, daß solche Sendungen etwa deshalb unterbleiben, weil der Absender sich scheut, noch ein Porto von vielleicht 20 Groschen auszugeben. Aus diesem Grunde bitte ich im allgemeinen Interesse die Portofreiheit nicht zu sehr zu beschränken.

Zu Tit. 4. Gebühren für Bestellungen von Postsendungen im Umkreise der Postanstalten macht Abg. von Hagle auf die Ungerechtigkeit aufmerksam, die in einem Unterschied zwischen Stadt und Land betreffs des Briefbeförderungsbetriebs liege. Könne man die Gebühr nicht entbehren, so sei es besser dieselbe auf die Hälfte herabzusetzen und auf Stadt und Land gleichmäßig zu vertheilen. Einen dahin gehenden Antrag zu stellen, behalte er sich für eine andere Gelegenheit vor.

Zu Tit. 5. sonstige Gebühren, spricht Abg. Graf Kleist den Wunsch aus, im Wege des Regulativs die Anordnung zu treffen, daß bei Erhebung von Postvorräumen der Absender seinen Namen nebst Wohnung auf dem Briefe bemerklich machen. Abg. Roh: Die Postverwaltung für Sendungen im Interesse der Wohlthätigkeit hat nicht nur den Zweck, derartige Sendungen selbst zu erleichtern, sondern sie will gleichzeitig verhindern, daß solche Sendungen etwa deshalb unterbleiben, weil der Absender sich scheut, noch ein Porto von vielleicht 20 Groschen auszugeben. Aus diesem Grunde bitte ich im allgemeinen Interesse die Portofreiheit nicht zu sehr zu beschränken.

Zu Tit. 1 Nr. 2 der Ausgaben, Besoldung der Beamten im Rücksichtnimmt das Wort der

Abg. Becker: Es sind eine Menge Petitionen namentlich von Postexpeditionen und Expeditions-Gehilfen eingegangen, die im Allgemeinen darauf hinauslaufen, den Maximalzuschlag ihres Gehalts auf 700 Thlr. zu erhöhen. Wenn der Wunsch nach besserer Besoldung auch als begründet anerkannt werden muß, so hat die Kommission doch nicht geglaubt, einen besondern Antrag stellen zu sollen, nachdem sie sich überzeugt, daß in dem inzwischen vorgelegten Etat ein nennenswerter Anfang mit den Gehaltsaufbesserungen gemacht ist. Ich beantrage daher, sämtliche Petitionen von Postsekretären, Postexpeditionen und Expeditionsgehilfen um Gehaltserhöhung hierfür erledigt zu erklären. — Dies geschieht.

Zu Tit. 13, andere persönliche Verwaltungs-Ausgaben, liegt der erwähnte An

die Notwendigkeit einer strengen Scheidung zwischen widerruflich und unwiderruflich angestellten Beamten aufgehoben. Nur Disziplinarrücksichten könnten maßgebend sein, in wie weit ein solcher Unterschied nötig zu machen ist, und ich zweifle nicht, daß dieser Theil des Antrages auf administrativem Wege in dem gewünschten Sinne sich erledigen lassen. Was sodann die Pensionsberechtigung der Unterbeamten, Briefträger und Wagenmeister betrifft, so kann dieser Gegenstand nur durch die Gesetzgebung geregelt werden; die Frage wird einer Erörterung unterzogen und, wie ich glaube, ebenfalls im Sinne des Antragstellers erledigt werden. Bei dem dritten Punkt endlich scheint der Antragsteller von der Voraussetzung ausgegangen zu sein, daß die Armenkassenbeiträge auf gleicher Linie mit den bisherigen Pensionskassenbeiträgen stehen. Es ist dies ein Irrthum; die Pension für Unterbeamte steht nicht aus dem Armenkassenfonds. Der letztere ist bereits im vorigen Jahrhundert durch den Chef der Postverwaltung aus Erfahrung begründet, die uns überliefert worden sind. Hierzu tritt ein jährlicher Beitrag aus Bundesmitteln und die Beiträge von 1 Prozent des Gehalts der Unterbeamten. Außer für Krankheitsfälle und Invaliden gewordene Postillone dienen dieser Fonds hauptsächlich zur Unterstützung von Wittwen und Waisen der Unterbeamten. Die Gesammtsumme der von den Beamten geleisteten Beiträge beläuft sich auf 17,000 Thlr., während an Unterstützungen jährlich 31,000 Thlr. gewährt werden. Die Leistung der Beamten steht also in gar keinem Verhältniß zu dem, was ihren Wittwen und Waisen dafür zu Gute kommt. Wenn wir jene 17,000 Thlr. entbehren müßten, so würden wir sehr in Verlegenheit kommen und manche Thräne ungetrocknet lassen müssen. Ich bitte Sie deshalb den Antrag abzulehnen.

Abg. Waldeck: Ich habe nicht den Pensionsfonds mit dem Armenkassenfonds identifiziert; auf den ersten habe ich nur hingewiesen, um die Unbilligkeit zu zeigen, die darin liegt, daß man die Unterbeamten ihre Unterstützungsbeiträge selbst bestreiten läßt, nachdem man für die besser stützten pensionsberechtigten Beamten die Beitragspflicht aufgehoben hat. Wenn die Beamten von den gewährten 31,000 Thlrn. 17,000 Thlr., also mehr als die Hälfte selbst bezahlen müßten, so scheint mir das bei ihrem kargen Gehalt wahrhaftig nicht wenig; ich bitte Sie meinen Antrag anzunehmen.

Abg. Dr. Becker: Ich wünsche gleichfalls, daß die bisherigen Beiträge der Beamten zu dem Armenkassenfonds aus anderen Mitteln ersetzt würden. Gerade diese Abzüge erregten große Missstimmung unter den niederen Beamten, das wichtige Leute, die täglich mit Briefträgern zu thun haben, besser als die oberen Postbehörden.

Bundeskommisar Philippsborn bestätigt die lezte Neuverfügung, da er wenigstens heute zum ersten Male davon Kenntnis erhalten, daß der Abzug eine so große Unzufriedenheit erzeige. Trotzdem bitte er, ihm nicht anzumahnen, auf den Beitrag zu verzichten; man würde damit gleichzeitig andere Forderungen namentlich aus den neuen Provinzen hervorrufen, die die Postverwaltung zu erfüllen nicht im Stande wäre.

Der Antrag des Abg. Waldeck wird hierauf mit großer Majorität abgelehnt. Dafür nur die Linke.

Der Rest des Etats wird ohne Debatte genehmigt. Es folgt der Etat der Telegraphen-Verwaltung. Die Einnahmen betragen 2,777,390 Thlr. (496,443 Thlr. mehr als im vorigen Jahre), und zwar Gebühren für Depeschen 2,750,000 Thlr.; vermisste Einnahmen 27,390 Thlr. Die Ausgaben betragen 2,452,000 Thlr. (446,498 Thlr. mehr als im vorigen Jahre), so daß sich ein Überdrüß von 323,945 Thlr. mehr als im vorigen Jahre.)

Bundeskommisar Elsaß erläutert die einzelnen Positionen.

Abg. Graf Betsch spricht seine Freude aus über die, wenn auch beabsichtigte Erhöhung der Gehälter für die niederen Telegraphenbeamten, und den Wunsch, daß dies im nächsten Etat fortgesetzt werde, da die Zuverlässigkeit der Beamten bei einem zu geringen Gehalte jedenfalls leide. Auf das Entschiedene spricht sich Redner sodann gegen eine Art von Nebenvergütung aus, welche Telegraphenbeamten auf größeren Stationen für das Telegraphenbüro erhalten wird (3 Pf. für Aufgabe und Abnahme der Depeschen, 1½ Pf. für das Umtelegraphieren). Hierdurch entstanden viele Nebelstände: das Haushaltsschreiben der General-Telegraphendirektion, Brotneid unter den Beamten, unfolglichliches Verhältnis, Ungleichmäßigkeit der Besoldung etc. Diese außerordentlichen Vergütungen müssen wegfallen und dafür lieber feste Gehaltszulagen gewährt werden.

Bundeskommisar v. Philippsborn: Die Nebenvergütungen haben in erster Linie nicht den Zweck gehabt, eine unmittelbare Gehaltserhöhung der Telegraphenbeamten herbeizuführen, sondern den, daß die geschickteren, ehrigenen und umsichtigeren Beamten einen Sporn erhalten sollten, um so mehr zu leisten und zu arbeiten, nicht nur im Interesse der Verwaltung, sondern der Correspondenden Presse selbst. Zu meinem und jedenfalls seinem eigenen Bedauern ist der General-Telegraphendirektor verhindert, seinen Etat heute selbst zu vertreten. Ich weiß es aber, daß er selbst sich einzelnen Uebelständen, die daraus erwachsen, nicht verschließt, und bemüht ist, eine richtige Lösung der Frage zu finden. Wenn ich nun auch die etwas strenge Darstellung des Herrn Betsch nicht anerkennen vermöge, so kann ich doch zufügen, daß es dem General-Telegraphendirektor Chauvin zur Ehre gereichen wird, über die Behandlung dieser Angelegenheit und über die etwa nötigen Modifikationen das nächste Mal dem hohen Hause Bericht zu erstatten.

Sämtliche Positionen des Telegraphen-Etats werden ohne Debatte genehmigt, und die Petitionen von Telegraphenbeamten um Gehaltserhöhung für erledigt erklärt.

Es folgt das Kapitel: Verschiedene Einnahmen; in Summa 129,496 Thlr., und zwar Konsulats-Intraden 10,215 Thlr., eigene Einnahmen der Militärverwaltung 103,644 Thlr., eigene Einnahmen der Marineverwaltung 15,637 Thlr.

Bei Nr. 1, (Konsulats-Intraden) rügt Abg. Dr. Becker, daß bei den Konsulaten noch immer Gebühren für das Visiren der Pässe erhoben werden. Er teilt einen Fall aus Algier mit, wo von einem Angehörigen des Norddeutschen Bundes ein Paß verlangt wurde und derselbe die Gebühr für das Visiren bezahlen mußte. Hierdurch werde eine unnütze Vertheuerung des Reisens verhübt.

Präsident Delbrück: Der spezielle Fall aus Algier ist mir nicht bekannt; ich weiß deshalb auch nicht, auf welchem Umstande die Forderung eines Passes beruht. Ein Paßzwanzig existiert ja gesetzlich nicht mehr; wenn aberemand in seinem eigenen Interesse einen Paß wünscht, so ist es doch wohl billig, daß er die kleine Gebühr dafür zahlt.

Die Positionen werden genehmigt.

Es folgt der Etat der Militärverwaltung, der in Einnahme und Ausgabe 66,337,862 Thlr. nachweist (79,711 Thlr. weniger als im vor. J.) — Die Einnahme wird zusammengezogen durch die nach Art. 62 der Bundesverfassung dem Bundesfürstern zur Vergütung zu stellenden 225 Thaler jährlich, für den Kopf der auf 1 Prozent der Bevölkerung von 1867 zu normirrenden, vorbehaltlich der Regulirung nach dem Resultat der im Dezember 1867 stattgehabten Volkszählungen, vorläufig zu 299,000 Mann angenommenen Friedenspräsenzstärke des Bundesheeres, = 67,275,000 Thlr. nach Abzug von 937,138 Thlr. Nachlaß, der einigen Kleinstaaten gewährt worden ist.

Bundeskommisar General-Lientenant v. Podbielski leitet die Debatte ein. Der Etat für 1869 sei prinzipiell nicht abweichend vom vorjährigen Etat. Die Militärverwaltung sei bestrebt gewesen, den Erinnerungen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, die im vorigen Jahr im Hause dagegen gemacht worden sind. Im vorigen Jahr habe man angenommen, daß dies Jahr die Einnahmen steigen würden, da ein Theil der Nachlässe wegfallen, welche einzelnen Staaten an Matrikularbeiträgen gewährt worden waren. Dies sei aber eine irrthümliche Annahme gewesen; denn wider Erwarten habe die Volkszählung nach den bisherigen Ermittelungen nicht das Resultat ergeben, welches die Statistik erwartete. Während man nämlich annimmt, daß die Bevölkerung innerhalb 3 Jahren 4 Prozent beträgt, betrage die Zunahme in den letzten drei Jahren nur etwas über 2 Prozent. Die Bevölkerung habe deshalb nicht auf 30,000,000, sondern nur auf 29,900,000 angenommen, die Friedenspräsenzstärke des Heeres demgemäß nur auf 299,000 Mann normirt werden können. Hieraus ergebe sich eine Reduktion der Einnahme um 225,000 Thaler.

Zu Tit. 1 Nr. 1 der Ausgaben, (der Kriegsminister 12,000 Thaler) spricht Abg. Westen: Die Ansicht, welche ein Redner neulich ausgesprochen, daß wir keinen Bundeskriegsminister haben, ist nicht richtig. Er sieht hier auf dem Etat. Von einem Marineminister ist aber nirgends die Rede, sondern da finden wir im Etat nur einen „Departements-Direktor“. Ich möchte nun den Herrn Bundeskommisar fragen, ob dieser Departements-Direktor für die Marine-Angelegenheiten unter dem Kriegsminister oder direkt unter dem Bundeskanzler steht.

Abg. v. Roon: In Ermangelung einer anderen Persönlichkeit, welche hierauf Auskunft geben könnte, will ich versuchen, es zu thun. (Heiterkeit.) Es gab eine Zeit, wo die Marine-Angelegenheiten eine Abteilung des Kriegsministeriums waren. Dann kam eine andere Zeit, wo der Ministerpräsident breitbärr v. Mantua Marineminister war; da wurde die Marineverwaltung vom Kriegsministerium getrennt; an diesem Verhältniß hat sich bis heute noch

nichts geändert, auch nicht, als dem Kontre-Admiral Schröder die Marineverwaltung übertragen wurde. Als ich im Jahre 1861 mit diesen Geschäften betraut wurde, bin ich gleichzeitig Preußens Kriegsminister und Preußens Marineminister gewesen. Eine Vermischung der verschiedenen Verwaltungen hat auch nur nicht stattgefunden. Die Marineverwaltung war kein Department des Kriegsministeriums, sondern ein Ministerium für sich, das mit dem Kriegsministerium nichts weiter gemein hatte, als den obersten Verwaltungs-Chef. Dies Verhältniß besteht heute noch.

Wenn nun die Frage anders gesehen wird, wie das Verhältniß des Kriegsministers und Marineministers zum Bundeskanzler ist, so ist gestern schon diese Frage beantwortet worden. Es ist dies zunächst ein Internat der Verwaltung; wir haben bis jetzt keinen ernannten Bundeskriegsminister und keinen Marineminister. Die Geschäfte des Bundeskriegsministers werden aber mit Erfolg wahrgenommen von denjenigen Männern, welche der König von Preußen mit der Verwaltung des preußischen Heeres bewilligt hat.

Abg. Westen: Die Thatache läßt sich nicht bestreiten, daß es einen Bundeskriegsminister giebt, denn er steht im Etat.

Zu Tit. 25. und 26. (Bekleidung der Armee) spricht Abg. Westen: Nach Art. 63. der Verfassung sollen für die Bekleidung der Bundesarmee die Grundfarben der preußischen Armee maßgebend sein. Ich möchte nun fragen, ob es richtig ist, daß man bei den braunschweigischen Truppen nicht nur gestattet, ihre alten Uniformen aufzutragen, sondern daß man für dieselben auch neue Uniformen nach ihrem alten Muster angeholt hat.

Bundeskommisar Podbielski: Der Bundesfeldherr hat genehmigt, daß alle Truppenteile die alten Uniformen auftragen dürfen; dies ist auch den braunschweigischen Truppen gestattet worden; etwas Weiteres kann ich hierüber in diesem Augenblick nicht sagen.

Der ganze übrige Etat wird ohne Debatte erledigt.

Der Präsident heißt mit, daß ihm heute zwei neue Gesetzentwürfe zugegangen sind, der erste betrifft einige Verhältnisse der Bundesbeamten, der letztere die Verwaltung der nach Maßgabe des Gesetzes vom 9. November 1867 aufzunehmenden Bundesanstalt. Das Haus beschließt beide Vorlagen im Wege der Vorberathung zu erledigen.

Darauf folgt der 3. Bericht der Petitionskommission. 1) Die Petition auf Abschaffung der Hörmöglichkeiten beim Bezeugen wird der Civilprozeßordnungskommission überwiesen, nachdem der Abg. v. Bernuth nachgewiesen, daß Preußen in dieser Beziehung selbst hinter Mecklenburg zurückstehe. 2) Eine Petition um Errichtung eines preußischen oder norddeutschen Konfals in North-Shield wird dem Bundeskanzler zur Prüfung und Berücksichtigung überwiesen, desgleichen 3) eine Petition, daß bei der Berathung über den Entwurf der Civilprozeßordnung auch Rechtsanwälte zugezogen werden, dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung überwiesen, nachdem der Abg. Westen dieselbe besonders befürwortet hat. 4) Die Petition des Hamburger Thierschutzvereins um Erlass eines allgemeinen Thierschutzgesetzes wird als Material für den Entwurf eines gemeinsamen Strafrechts an den Bundeskanzler abgegeben. 5) Von 3 Petitionen, die sich auf den Nord-Ostsee-Kanal durch Schleswig-Holstein beziehen, wird die eine dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung überwiesen, die beiden anderen dadurch für erledigt erklärt. 6) Ueber die Petition des Schuhmachermeisters Theodor Stahl, der sich darüber beschwert, daß ihm vom Magistrat zu Waren in Mecklenburg die Erteilung des Bürgerrechts verweigert wird, wird zur Tagesordnung übergegangen, weil aus dem Freizügigkeitsgesetz kein Recht auf Erwerb des Bürgerrechts abgeleitet werden kann. 7) Ueber eine Petition des Baptistenpredigers Lehmann, welcher bittet, noch in der jetzigen Session ein für alle Bundesstaaten maßgebendes Gesetz zu beschließen, nach welchem Korporationsrechte so allgemein verliehen werden, daß die Baptisten-Gemeinden daran Anteil nehmen können, wird in der Erwägung, daß die Gesetzgebung über die Erteilung von Korporationsrechten an religiösen Gesellschaften nicht Aufgabe der Bundesgesetzgebung ist, vielmehr in den Bereich der Landes-Gesetzgebung fällt, zur Tagesordnung übergegangen. 8) Eine Petition mehrerer preußischer Staatsbürger, welche im Königreich Sachsen Grundbesitz haben und sich darüber beschweren, daß sie sowohl in Preußen, als in Sachsen zur Einkommensteuer herangezogen werden, was ihrer Ansicht nach mit dem durch die Bundesverfassung gewährleisteten Indigenat in Widerspruch steht, wird, nachdem der Referent Dr. Becker und Abg. Fr. Francke dieselbe befürwortet, dem Bundeskanzler zur Abhilfe durch die Bundesgesetzgebung überwiesen. Unter dem Beifall des Hauses erklärt Minister v. Briesen, daß der Antrag der Kommission nicht nur vom Bundesrat durchaus gebilligt werde, sondern entschuldigt ihn, daß die Abhilfe noch nicht erfolgt sei, da das Bedürfnis im höchsten Grade dringend und grade für sächsische Staatsangehörige, die in Preußen Grundbesitz hätten, sehr fühlbar sei. Sie mühten die preußischen Grund- und Einkommensteuer und außerdem die sächsische Rentensteuer bezahlen. — Vom Bundesrat ist inzwischen der Postvertrag mit Belgien eingegangen, der durch Schlussberathung erledigt werden soll. (Referent Abg. v. Unruh)

Schluß nach 2 Uhr. Nächste Sitzung: übermorgen, Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: 1) Wahlprüfung 2) Sitzung über die Anträge auf Änderung der Gesetze-Ordnung. 3) Antrag Friedenthal-Hennig, betr. die Brannweinsteuer. 4) Vertrag mit Hessen, betr. die Brannweinbesteuerung. 5) Maß- und Gewichtsordnung. 6) Antrag Weißlich Becker, betr. das Handelsgesetzbuch und die Wechselseitigkeit.

Vor trefflich gab auch Herr Hennig die komische Figur des „mandaryns“, obwohl bei der dramatischen Darstellung der lästigen Todesangst im letzten Akt die Misere des Postvertreters in die sonst so ernst gehaltene Scene eingerahmt peinlich berührte.

Im Gegensatz zu dieser Aufführung fand am Montag die dramatische Bearbeitung des George Sand'schen Romans „La marquise de Villemer“ vorzugsweise bei dem ganz gefüllten ersten Rang lebhafte Theilnahme. Der Charakter des dialogisierten Romans verläuft sich nicht ganz, indem im Allgemeinen die Handlung, so weit sie sich innerhalb des Dialogs abspaltet, in einem etwas langsameren Tempo forschreitet, und anderseits manches von dem zu vermissen ist, was der Roman-Autor zwischen dem Dialog sagen und so hinter dem sichtbaren Verlauf der Handlung auch den verborgenen Strom der Empfindungen dem Leser besser enthalten kann, als dies selbst die meistens häflich namentlich in solchen Scenen vermag, in welchen die auftretenden Personen ihre Gefühle zu verborgen bemüht sind. Dadurch treten einige Übergänge in der inneren Verfassung der handelnden Personen, wie sie sich namentlich in der Schlusscene konzentrieren, für den Zuschauer etwas zu rasch hervor.

Gleichwohl bleibt der Dialog interessant und spannend, doch steigert sich diese Spannung nie bis zur peinlichen Empfindung, da vielmehr neben der Sympathie des Zuschauers auch die Erheiterung desselben durch die mancherlei Täufungen und Misverstnde, in welche er die handelnden Personen gerathen sieht, lebhaft angeregt wird, so daß das Werk als ein Lustspiel, trotz seiner ernst-stillischen Grundlage, wie sie sich bei einer Dichtung des George Sand von selbst verleiht, mit Recht bezeichnet werden kann.

Derartige feinere Konversationsstücke scheinen uns — neben jenen nationalen Lebensbildern — eine vorzugsweise starke Seite dieses Theaters zu bilden. Die Herren Venda und Ladnowski jun. und die Damen Wolfska, Hoffmann und Mlodnickjew sind auf diesem Gebiet — und fanden diesmal gleichzeitig — recht vortheilhafte Verwendung. Dr. Ladnowski sen., der als „Herszko“ in „Karpaczy górale“ und als brummiger Wachtmeister in „damy i huzary“ vorzügliches leistet, war hier weniger in seinem Element; Fr. Baumann dagegen beginnt allm ig ihren Platz auch in einem solchen Stücke auszufllen, wenn auch öfters beim ersten Auftritt noch einige Gefangenheit zu erkennen ist.

In der jetzigen Wollmarkts-Periode wird gegen die sonstige Regel täglich gespielt, und es scheint, als ob eben so gut zweimal täglich gespielt werden dürfte. Die Übersicht der in dieser Zeit zur Aufführung gelangenden Reihe von Stücken behalten wir einer späteren Gelegenheit vor.

meine Suveränität“ blies. Am Grabe hielt der Bruder des Verewigten eine kurze Rede, in der er hervorholte, wie der Verstorben als Christ, Staatsbürger und Arzt gelebt und sich die Achtung von Tausenden erworben hatte. Er habe nicht zu denen gehört, die nur mit Worten ihren Mitmenschen gegenüber sich brüsten, sondern wahre Menschen und Christenliebe habe ihm, Allen ohne Ausnahme Gutes zu thun in Thaten und in Worten, geheißen; er sei ein Jünger des großen Meisters gewesen, welchen wir in Jesu Christo verehren. — Die Verweigerung des Begräbnisses auf dem katholischen Kirchhofe hat hier in allen Kreisen Aufsehen erregt, da der Verewigte früh und spät seine Hilfe Katholiken und Evangelischen, Juden und Christen zugewendet hat. (Vrb. 3.)

## Theater.

Die nächste Woche brachte das Szajnoch'sche Trauerspiel „Stasio“ und Slowacki's „Maria Stuart“. Erstere haben wir durch einen in diesem Halle glücklichen Auffall versäumen müssen, da der „Dziennik Poznański“ und die „Torunia Gazeta“ übereinstimmend uns belehren, daß es ein verfehlter Zugendversuch des sonst nicht unbedeutenden Schriftstellers gewesen.

Das Slowacki'sche historische Drama erinnert nur durch den gleichen Titel an das Schiller'sche Trauerspiel, und ein Vergleich zwischen beiden muß befußt unbefangener Beurteilung des polnischen Werks ganz unterbleiben. Dasselbe betrifft die Periode im Leben der schottischen Königin, auf welche die Erinnerung ihres Gatten Darnley den dunkelsten Schatten wirft, und es scheint uns der Verfasser sowohl die Person der Maria, als die Verhältnisse ihrer Zeit und Umgebung zwar nicht nach dem historischen, aber nach dem ästhetischen Maßstab in alzu trüb, zu wenig idealen Licht dargestellt zu haben; in dem schrankenlosen Walten der Leidenschaft bleibt die Gestaltung der Charaktere zu unklar, und überdies erscheint die Handlung zuweilen mit einem zu starken Zusatz von Declamation gemischt, wodurch einzelne Scenen ihren sonstigen Inhalt zuwider in die Länge gezogen werden, z. B. der Hergang bei der Ermordung des Rizzio, welche ganz besonders den Eindruck der Natürlichkeit verfehlt.

In dem Charakter der Maria wird auch die Religiosität, welche ihr anfänglich einen gewissen Schimmer von Idealtat zu verleihen scheint, nicht nur durch ihre Thaten vollständig geschwrt, sondern erscheint auch in sich selbst unecht, da sie im Stande ist, um in der Auffregung ihrer ehebrecherischen Leidenschaft unbeobachtet zu bleiben, befußt Entfernung ihres getreuen Page den Vorwand zu benutzen, es sei jetzt „die Zeit, den Rosenkranz zu beten“. Daß die Darstellung ihres Gatten Darnley den dunkelsten Schatten wirft, und es scheint uns der Verfasser sowohl sonst unser Geschmack an den sogenannten Heldenrollen der Damen keine besondere Befriedigung findet.

Herr Wolfska gelang es nicht, den allerdings in ziemlich gemeinsamen Sätzen gezeichneten Charakter des „Darnley“ durch persönlich Eigenschaften zu heben, welche es erklärlich machen, wie Maria ihn zum Gatten hat erwählen können; Fr. Wolfska in der Rolle des „Douglas“ trat von vorn herein allzu formal als Bawaff der Königin gegenüber auf. Im Ubrigen waren die Hauptrollen gut besetzt und die Aufnahme der Vorstellung im Ganzen eine dankbare.

Am letzten Sonntag wurde „Karpaczy górale“ gegeben, ein volksthümliches Trauerspiel aus Korzeniowski's ergiebiger Feder, ein besonders geeignetes Stück für eine Sonntags-Vorstellung, bei welcher es weniger auf funktionsrechte Komposition, als auf eine ansprechende Gefügung ankommt. Daß, wenn Recht, Wahrheit und Freiheit unterdrückt wird, das Leben selbst keinen Werth mehr hat, und für edle Charaktere der Tod als Befreiung erscheint, — diese Art von tragischer Weltanschauung findet auch in einem minder gebildeten Zuschauerkreise Verständnis und dankbare Aufnahme. Unter den überhaupt anerkennenswerten Leistungen der Darsteller ist die Wahnsinnsscene der Frau Modrzejewska besonders hervorzuheben, welche allein den Besuch der Vorstellung lohnen konnte; bei vollkommen maßvoller, dem Charakter des einfachen Landmädchen ebenso wie der Würde der Kunst entsprechender Haltung wurde der Wahn, der die gequälte Seele in eine jenseitige, glückselige Welt hinüberträgt, während doch zuweilen noch das arme Herz im schmerzlichen Gefühl der letzten, erstickten Schicksalschläge aufzutut, so ergreifend dargestellt, daß auch ein fühliger Zuschauer, der daran gewohnt ist, die Vergangenheit mit ästhetisch ruhiger Stimmung anzusehen, diesmal den Rücken sich kaum erwehren möchte. In den oberen Regionen des Hauses hatte sich schon bei andern Scenen die Sympathie des Publikums zuweilen bis zum hörbaren Schluchzen gesteigert.

</div

# Inserate und Börsen-Nachrichten.

Montag den 15. d. Mts. Vormittags 10 Uhr soll im Provinzial-Magazin Nr. I.: **Hufmehl, Kleie, Rosgen- und Hafer-Gegetaff, Heusamen und alte Baumaterialien** öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden. **Posen**, den 8. Juni 1868.

Königliches Proviantamt.

## Bekanntmachung.

Bei dem am 27. bis 30. v. Mts. erfolgten öffentlichen Verkauf der in der hiesigen städtischen Pfandlei-Aufstalt verfallenen Pfänder hat sich für mehrere Pfandschuldner ein Überschuss ergeben. Die Eigentümer der Pfandscheine Nr. 6173. 6209. 6223. 6241. 6336. 6342. 6418. 6419. 6529. 6550. 6557. 6607. 6713. 6733. 6736. 6786. 6830. 6831. 6858. 6886. 6903. 6925. 6982. 7018. 7046. 7106. 7156. 7172. 7193. 7276. 7297. 7304. 7310. 7328. 7333. 7359. 7487. 7529. 7722. 7738. 7798. 7928. 7967. 8007. 8020. 8064. 8165. 8182. 8284. 8304. 8306. 8400. 8406. 8437. 8496. 8519. 8603. 8632. 8681. 8762. 8797. 8823. 8908. 8941. 8947. 8972. 9035. 9043. 9133. 9134. 9148. 9194. 9257. 9325. 9342. 9351. 9353. 9367. 9517. 9545. 9624. 9637. 9655. 9656. 9726. 9737. 9855. 9866. 9871. 9874. 9890. 10.006. 10.097. 10.098. 10.209. 10.224. 10.257. 10.263. 10.302. 10.332. 10.440. 10.446. 10.454. 10.474. 10.482. 10.516. 10.610. 10.632. 10.671. 10.675. 10.714. 10.717. 10.756.

wurden hierdurch aufgefordert, sich innerhalb sechs Wochen, spätestens bis zum 20. Juni c. bei der hiesigen städtischen Pfandlei-Aufstalt zu melden und den nach Verüchtigung des empfangenen Darlehns und der bis zum Verlauf des Pfänders aufgelaufenen Zinsen und Kosten noch verbliebene Überschuss gegen Rückgabe des Pfandscheins und gegen Quittung in Empfang zu nehmen, währendfalls dieser Überschuss bestimmungsmäßig an die städtische Armenkasse abgegeben und der Pfandschein mit den daraus begründeten Rechten des Pfandschuldners für erloschen erachtet werden wird. **Posen**, den 9. Mai 1868.

Der Magistrat.

In der Provinzial-Irren-Heil-Aufstalt zu Owińsk werden

## am 16. Juni c., Vormittags 9 Uhr,

verschiedene alte tuchene, leinene und sonstige Kleidungsstücke sowie Schuhwerk, zu Aufstalzwecken nicht geeignete Inventariengegenstände und dergleichen mehr öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung verkauft werden. **Owińsk**, den 8. Juni 1868.

Die Direktion  
der Provinzial-Irren-Heil-Aufstalt.

## Konkurs-Gründnung.

Königliches Kreisgericht zu Posen, den 27. Mai 1868, Nachmittags 6 Uhr.

Neben das Vermögen des Kaufmanns **Konstantin Zupanski** zu Posen, in Firma **K. Zupanski**, ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 29. November 1867 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann **G. J. Kleinow** zu Posen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

## auf den 13. Juni d. J., Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath **Gaeßler**, im Gerichtszimmer anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorlage über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis

## zum 15. Juni c. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandschriften nur Anzeige zu machen.

Augleich werden alle Diegenten, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis

## zum 20. Juni c. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Prototyp anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gesuchten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Besenden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Personals

## auf den 11. Juli d. J., Vormittags 10 Uhr,

vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath **Gaeßler**, im Gerichtszimmer zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Seder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Drie wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welches es hier an Bekanntheit fehlt, werden der Justizwahl **Giersch** und die Rechtsanwalte **Pilet, Guttman und Mehring** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

## Bekanntmachung.

In **Kuschlin**, Kreis **Buk**, soll ein Pfarrhaus erbaut werden.

Bur Überlassung der Bauarbeiten auf dem Wege der Minus-Licitation mit Vorbehaltung des Buschlags an die einzelnen Bauhandwerker, Maurermeister, Zimmermeister, Tischlermeister, haben wir

## auf den 29. Juni,

Vormittags 10 Uhr, einen Termin im hiesigen Schullokale anberaumt.

Baurüste und Anschlag können von Reflektierenden innerhalb der letzten 8 Tage vor dem Termine in der Wohnung des Unterzeichneten eingesehen werden. Bedingungen werden bei Beginn des Termins bekannt gemacht.

**Kuschlin**, den 9. Juni 1868.

Die Kirchbaukommission.

**C Bahr**, Pfarrverweser.

Offentlicher Verkauf.

Die beim Umbau des Königlichen Hebammen-Instituts nicht wieder verwendbaren Materialien, als circa 21.000 Dachsteine, Holz etc., sollen

## Dienstag, den 16. d. Mts.,

Mittags 12 Uhr, öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

**Posen**, den 12. Juni 1868.

Der Königl. Bau-Inspektor

**Brandenburg**.

Bekanntmachung.

Auf der Landstraße von Dobrońki nach Rydzewo, Territorium Gorzwo und Rydzewo soll eine neue massive Brücke, veranlagt auf 126 Thaler 1 Sgr. egcl. Hand- und Spanndienste erbaut werden.

Zur Ausführung dieses Baues an der Mindestforderungen in Entreprise habe ich einen Termin auf

**Sonnabend, den 20. Juni d. J.,**

**Nachmittags 3 Uhr**,

in meinem Büro hierorts anberaumt, zu welchem Bauunternehmer eingeladen werden.

Der Kostenantrag kann während den Dienststunden in meinem Büro eingesehen werden.

Der Königl. Distrikts-Kommissarius zu Polajewo.

Die **Kantor- und Schäferstelle** in der hiesigen Gemeinde mit einem Einkommen von 500 bis 600 Thlr. soll womöglich vom 1. Juli cr. ab anderweitig besetzt werden. Bewerber, die musikalisch gebildet, den Gottesdienst mit Chorgesang leiten können, wollen unter Einschätzung ihrer Qualifikations-Utteste sich bei dem unterzeichneten Vorstande melden. Reisekosten werden nicht vergütet.

**Birnbau**, den 17. Mai 1868.

Der Korporations-Vorstand.

**Jakob Boldin**.

1.000.000 Tore

ist billig tausendweise zu verkaufen, Dominium

**Jankowice**.

Hochachtungsvoll

## 1 Mühlengrundstück

unweit Berlins, in dem seither auch die Bäckerei mit bestem Erfolge betrieben wurde, steht sofort zum Verkauf. Dasselbe besteht aus einer Windmühle mit 2 französischen Mahlgängen, massiven Wohngebäuden mit Stallungen und Alles in bestem Zustande. Die Übergabe kann mit auch ohne Inventar erfolgen. Preis bei fester Hypothek Thlr. 10.000 mit entsprechender Anzahlung. Franko. Offeren sub **D. 1979**. befördert die **Annoncen-Edition** von **Rudolf Mosse**, Berlin, Friedrichsstraße 60.

Ich beabsichtige mein seit länger als 30 Jahren hierorts bestehendes, im besten Gange befindliches **Materialwaren-Geschäft** en gros et en détail und **Schnupftabak-Fabrik**, nebst den dazu gehörigen Grundstücken zu verkaufen, wozu eine Anzahlung von 4- bis 5000 Thalern erforderlich. Näheres auf

**J. Pollack in Rawicz.**

Die Brandenburger Spiegelglas-Versicherungsgesellschaft empfiehlt sich zur Annahme von Versicherungen für **Spiegel**, **Spiegel-scheiben**, **Doppel- und Nob-Glas** gegen Hagel und sonstige Zerstörungen; dieselbe gewährt die möglichst billigsten Prämien und wird von dem unterzeichneten **Haupt-Agenten** jede zu wünschende Auskunft bereitwillig ertheilt. **Posen**, den 10. Juni 1868.

## Hugo Bandtke,

Comptoir, Dominikanerstr. 4, Parterre.

Dresden.

## Heinemann's Hôtel

zur

## Stadt Leipzig,

welches in unmittelbarer Nähe jämmerlicher Bahnhöfe und Sehenswürdigkeiten außer günstig gelegen, mit 96 gut eingerichteten Zimmern, empfiehlt sich einem hochgeehrten reisenden Publikum bei verhältnismäßig billigen Preisen zur gefälligen Benutzung.

Hochachtungsvoll

**W. Heinemann**,

Besitzer.

1.000.000 Tore

ist billig tausendweise zu verkaufen, Dominium

**Jankowice**.

## Verkauf einer schönen Wirtschaft,

107 Morgen, davon 11 Morgen Wald, Mittel-Acker. Massives Wohnhaus und gute Wirtschafts-Gebäude. Sehr rentable Besitzung in Chmielinka bei Neustadt bei Pinne, wird in Folge eingetretener Todesfalls des früheren Besitzers durch die hinterbliebene Witwe **Bronita Mischa** für die Kaufsumme von 6000 Thlr. zu verkaufen beabsichtigt.

Wegen näheren Aufschlusses belieben sich Bewerber an die Besitzerin direkt in frankirten Briefen zu wenden. Unterhändler werden verboten. — Auch einem Bäcker kann diese Acker-Nahrung gegen angemessene Kavution auf ca. 3 oder 4 Jahre verpachtet werden.

Landgüter von 100 bis 6000 Morgen,

**R. Sommer**, Halbdorfstraße 29/30.

## Ein Gehaus mit Materialhandlung

in P. Lissi am Markt, gelegenster Platz, bedeutender Verkehr, w. a. freier H. verf. Geschäft wird b. z. Uebernahme, welche s. i. Zeit erfolgen kann, fortgesetzt. Auskunft bei der Expedition.

Montag den 15. d. M. bringe ich

mit dem Brüzuge einen Transport guter frischmehlender Neben-

kuhe nebst Külbbern in **Neilers Hotel** zum Verkauf.

**J. Blakow**, Viehhändler.

Ein Transport von 30

guten Acker-, Kutsch-

und Reitpferden ist

angekommen und stehen Bergstraße

Nr. 12. in der **Notunde** zum Ver-

kauf.

**Friedmann**.

Die neuesten Besäße und

Knöpfe, sowie Estremadura,

Marbles und Vigognia empfing

wieder

**Ludwig Dreyzehner**,

Posen, Friedrichsstraße 12,

vis-à-vis Sapiehaplatz.

Reise-Kleider, Promenaden-Röben,

Regen-Mäntel für Damen,

Jaquetts und Paletots,

Mignons, Beduinen,

Spitzen-Umhänge,

Jupons, Blousen,

Long-Châles,

Dichte, klare u. halbklare

Fantasi-Kleiderstoffe, Pi-

qués, Brillantines, Seiden-

stoffe

(in couleurten neuen Genres von

## Die Ofen- u. Thonwaaren-Fabrik

Giesmansdorf-Tschauschwitz bei Neisse,  
empfiehlt: Zimmeröfen, Kaminöfen mit Schmelzalasur, sogenannte Porzellanöfen in elegantesten Formen; Kochmaschinen, Chamottöfen als Surrogat für eiserne Ofen, so wie

### glasirte Wasserleitungs-Röhren

vorzüglichster Qualität, sowohl für hydrostatischen Druck als Durchlauf in allen Dimensionen, bis 24 Zoll Durchmesser. Rauhrohren, Closetschläuchen und alle Arten Bau-Ornamente, Consolens, Traulinen, Ballustraden, Blättern und glasirte Steine, sowohl nach vorhandenen Modellen, als nach aufzugebenden Zeichnungen, in rother, gelber und weißer Farbe,

### Chamottsteine bester Qualität.

Anschläge werden auf Wunsch gefertigt.

Bei Wasserleitungen wird das Verlegen, bei Ofen das Setzen übernommen. Bestellungen werden angenommen, Zeichnungen und Probestücke vorgelegt in der Fabrik und in den Fabriknebenlagen

in Breslau, Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 65,

in Posen bei Carl Friedenthal, Schloßstr. 2.

## Anton Wunsch,

### Mylius Hôtel, Wilhelmstraße,

empfiehlt sein Spielwaaren-Lager nebst Feuerwerkskörpern, Ballons und Lampions zum Illuminiren, auch eine reiche Auswahl von Spielwerken.

### MATICO-CAPSELN

von GRIMAUT & C° APOTHEKER IN PARIS

Diese Gallerikapseln enthalten den Copaiwa-Balsam, verbunden mit dem flüchtigen Oleo der Maticoplante und werden als vorzügliches Mittel gegen die Gonorrhoe angewandt. Zur äußerlichen Anwendung wird von dem Hause Grimault & Comp. auch eine Injection aus Matico angefertigt, welche gleichfalls die wirksame Bestandtheile genannter Pflanze enthält und deren Wirkung den bestempfohlenen Mitteln gegen die Gonorrhoe gleichzustellen ist.

Niederlage in Posen bei Elsner; Dr. Mankiewicz, Apotheker.

Eine neue Fenster-Muffatz-Chaise ohne Vangbaum steht billig zu verkaufen. Zu erft. II. Gerberstraße 13a. b. Bei Heldw. Starke.

Bolzenbüchsen und Scheiben mit mechanischen Vorrichtungen werden zu allen Vergnügungen nach in- und außerhalb verliehen.

F. Ertel, St. Martin 16.

Ein neuer Breslauer Stadtwagen steht billig zu verkaufen kleine Ritterstraße Nr. 2.

Günthers Benzoë-Seife, vorzügliches Waschmittel zur Verfeinerung des Leims, vorrätig in Studien à 5 Sgr. in Elmers Apotheke.

Matjes-Heringe empfiehlt J. N. Leitgeber.

Zwei Stuben sind Wilhelmstraße 16, zwei Treppen hoch, vom 1. Stock ab zu vermieten.

Bäckerstr. 13 b. eine Part.-Wohnung, vier Stuben, Küche und Nebengelaß z. 1. Juli oder 1. Ott. billig zu vermieten.

Pr. Loose. H. Goldbergs Lotterie.

Komt. Monbijoupl. 12. Berlin.

### Börsen-Telegramme.

Bis zum Schlus der Zeitung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

### Börse zu Posen

am 12. Juni 1868.

**Fonds.** Posener 4% neue Pfandbriefe 85½ Br., do. Rentenbriefe 89 do., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligationen —, do. 5% Obra-Melliorations-Obligationen —, polnische Banknoten 83 Gd., Posener 5proc. Stadtobligationen 98½ Br.

[Amtlicher Bericht] Roggen [p. Schefel = 2000 Pfld.] pr. Juni 52½, Juni-Juli 51½, Juli-August 51½, August-Septbr. —, Septbr.-Oktbr. 50½, Oktbr. —.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Fass) Gefündigt 9000 Quart, pr. Juni 16½, Juli 17½, August 17½, Septbr. —, Oktbr. —, Novbr. —.

[Privatbericht] Butter: Regen. Roggen: Anfangs flau, schließt fester, pr. Juni 52½ br., Gd. u. Br., Juni-Juli 51½ — 52 br., Br. u. Gd., Juli-August 51½ br., August-Septbr. —, Septbr.-Oktbr. 50½ br.

Spiritus: flau. Gefünd. 9000 Quart, pr. Juni 16½ br., Br. u. Gd., Juli 17½ — 17 br., Br. u. Br., August 17½ br.

### Gewinne von fl. 200,000,

fl. 100,000, 50,000, 25,000, 20,000, 15,000, 12,000 &c. &c. enthält die von der königlich preußischen Regierung genehmigte

### 154. Frankfurter Stadt-Lotterie.

Ziehung 1. Klasse am 17. u. 18. Juni d. J.  
Ganze Loose zu . . . . . fl. 6. — oder Thlr. 3. 13 Sgr.  
Halbe . . . . . 3. — 1. 22 .  
Viertel . . . . . 1. 30 — 26 .  
sowie ganze Loose für alle 6 Klassen gültig zu fl. 90 oder Thlr. 51. 13 Sgr. empfehlen gegen Nachnahme des Betrages oder gegen Posteinzahlung  
Pläne und Listen gratis. Die Haupt-Kollekteurs **Gebrüder Stiebel**, Fahrgasse 144, in Frankfurt a. M.

Am 8. Juli beginnt die erste Klasse

### der Königl. Preußischen

### 138. Staats-Lotterie.

Hierzu verkauft und versendet Loose

1/1	1/2	1/4	1/8
-----	-----	-----	-----

19 Thlr.	9½ Thlr.	4¾ Thlr.	2½ Thlr.
----------	----------	----------	----------

1/10	1/32	1/64
------	------	------

1½ Thlr.	20 Sgr.	10 Sgr.
----------	---------	---------

Alles auf gedruckten Anteilscheinen, gegen Postvorschuß oder Einsendung des Betrages die

### Staats-Effekten-Handlung

### Max Meyer,

Berlin, Leipzigerstraße Nr. 94.

Im Laufe der letzten Lotterien fielen in mein

Debit 100,000, 40,000, 20,000 u. 15,000 Thlr.

Ein Uhrmachergehilfe findet dauernde Beschäftigung bei

Wwe. Vollert in Strzelno.

Ich wünsche vom 1. Juli c. ab einen beider Landessprachen vollständig mächtigen, mit guten Bezeugnissen verlebtenen Bureaugehilfen zu engagieren. Darauf Respektirende wollen sich unter frankter Zusendung ihrer Urteile melden.

Rogaten, im Juni 1868.

Reich, Distrikts-Kommissarius.

### Erdarbeiter gesucht.

Beim Bau der Märkisch-Posener Eisenbahn finden Erdarbeiter sofort dauernde und lohnende Beschäftigung. Zu melden in Worms beim

Baumeister und Bauunternehmer

von Wobeser.

Einen tüchtigen, unverheiratheten Wirtschaftsbeamten, der beider Landessprachen mächtig und gute Zeugnisse aufweisen kann, sucht das Dominiuum Dziadkowo bei Rogow von Johanni 1868.

Ein verheiratheter Wirtschaftsbeamter, beider Landessprachen mächtig, welchem die besten Bezeugnisse zur Seite stehen, wird wegen Gutsverkauf zu Johanni brotlos und sucht unter bescheidenen Ansprüchen eine Stellung.

Nähere Auskunft erhält Frau Oberamtmann Fabische, St. Martin Nr. 60, im Hinterhause, 1 Treppa links.

Ein junger Mann rechtlicher Eltern, mit den nötigen Kenntnissen, der polnischen und deutschen Sprache mächtig, findet in meinem Material, Wein- und Cigarren-Geschäft als Lehrling Platz.

Alb. Ferd. Giese, Birke.

Ein Lehrling von hier wird zum sof. Antritt verl. v. Elias Brandt Bw., Breitestr. 9.

### Posener Marktbericht vom 12. Juni 1868.

	von	bis		
	fl.	sgr.	fl.	sgr.
Deiner Weizen, der Schefel zu 16 Mezen	—	—	—	—
Mittel-Weizen	—	—	—	—
Ordinärer Weizen	—	—	—	—
Roggen, schwere Sorte	2	3	9	2
Roggen, leichtere Sorte	—	—	—	7
Große Gerste	—	—	—	—
Kleine Gerste	—	—	—	—
Häfer	—	—	—	—
Kocherbösen	—	—	—	—
Buttermüßen	—	—	—	—
Winterrapss	—	—	—	—
Sommerrapss	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—
Kartoffeln	—	—	—	—
Butter 1 Fass zu 4 Berliner Quart	2	5	—	2
Röther Klee, der Centner zu 100 Pfund	—	—	—	15
Weißer Klee, ditto	—	—	—	—
Heu, ditto	—	—	—	—
Stroh, ditto	—	—	—	—
Rübel, rohes	ditto	—	—	—

Die Markt-Kommission.

### Produkten-Börse.

Berlin, 11. Juni. Wind: N.-D. Barometer: 283. Thermometer: 15°+.

Witterung: küh, abwechselnd Regen.

Die Stimmung für Roggen war farblos im Verlauf der heutigen Börse, bis gegen Ende derselben von Neuem eine merklich flauere Tendenz die Oberhand gewann und den Preisen einigen Nachteil brachte. Sonderlich umfangreich ist der Handel auf Termine überhaupt nicht geworden, hingegen ist, unter Entgegenkommen der Eigner allerdings, etwas besserer Umsatz gewesen in disponibler Waare. Gefündigt 13,000 Ctr. Kündigungspreis 54½ R.

Roggenmehl unverändert.

Wheat flour unverändert. Gefündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 74 R.

Häfer loko stärker offerirt und kaum preishaltend. Termine unverändert.

In Rübel austausch träge Handel. Das Angebot war nicht groß und dennoch zeigte es sich dem Begehr überlegen.

Petroleum still.

Spiritus gut preishaltend, aber in beschränktem Verkehr. Gefündigt 10,000 Quart. Kündigungspreis 17½ R.

Wetzen loko pr. 2100 Pfld. 74—92 R. nach Qualität, hochbunt poln.

### Kirchen-Nachrichten für Posen.

Grenzkirche. Sonntag den 14. Juni, Worms.

10 Uhr: Herr Oberprediger Klette. —

Nachm. 2 Uhr: Herr Pastor Schönborn.

Petruskirche. Petrigemeinde. Sonntag

den 14. Juni, Worms. 10½ Uhr: Herr Kon-

fessorialrat Dr. Goebel. — Abends 6 Uhr:

Herr Diaconus Goebel.

Neustädtsche Gemeinde. Sonntag den

14. Juni, Worms. 8 Uhr, Abendmahlfeier:

Herr Prediger Herwig. — 9 Uhr, Predigt:

Herr Konfessorialrat Schulze.

Freitag den 19. Juni, Abends 6 Uhr: Got-

tesdienst: Herr Konfessorialrat Schulze.

Garnisonkirche. Sonntag den 14. Juni,

Worms. 10 Uhr: Herr Militär-Oberprediger

Händler.

Ev. luth. Gemeinde. Sonntag den 14. Juni,

Worms. 9½ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.

Mittwoch den 17. Juni, Abends 7½ Uhr:

Herr Pastor Kleinwächter.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen

findt in der Zeit vom 4. bis 11. Juni:

getauft: 6 männliche, 11 weibliche Pers.,

gestorben: 6 männliche, 1 weibliche Pers.,

